

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Donnerstag, den 26. November 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der „Fall Mehring“ erledigt.

Der Unterzeichnete hat in seiner gestrigen Sitzung die Angriffe geprüft, die gegen den Genossen Mehring auf dem Dresdener Parteitag erhoben wurden und die denselben veranlaßten, seine Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ und seine Stellung bei der „Leipziger Volkszeitung“ so lange einzustellen, bis die zuständigen Instanzen in dieser Angelegenheit ein Urtheil gefällt haben, das ihm die Wiederaufnahme seiner Thätigkeit ermöglicht.

Hierbei wurden auch die Erörterungen, die nach dem Dresdener Parteitage in der Angelegenheit für und wider stattgefunden haben, in den Kreis der Erwägungen gezogen.

Es wurde beschlossen, dem Genossen Mehring den Wunsch auszusprechen, seine Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ wieder aufzunehmen.

Mit dem Verhältnis des Genossen Mehring bei der „Leipziger Volkszeitung“ sich zu beschäftigen, lag keine Veranlassung vor, da die Entscheidung hierüber den Leipziger Genossen zusteht.

Berlin, den 24. November 1903.

Der Parteivorstand.

In der „Leipz. Volksztg.“ lesen wir: Auf Grund der Rechtfertigungsschrift des Genossen Mehring hat die Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung“ in Verbindung mit dem Agitationskomitee und nach Rücksprache mit den Vertretern der Parteigenossenschaft des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises einstimmig beschlossen, den Genossen Mehring aufzufordern, seine frühere Thätigkeit für die „Leipz. Volksztg.“ wieder aufzunehmen.

Im Zeichen des Kuhhandels.

I. V. Das Zentrum ist wiederum die „ausschlaggebende Partei“ im Reichstage. Es wird seine bisherige Rolle fortsetzen und wird sich die Regierung so zu verhalten suchen, daß diese nicht mehr umhin kann, seinen reaktionären Gelüsten Rechnung zu tragen. Graf Bülow hat sich bisher aalglatt durch die Schwierigkeiten hindurchgeschlängelt, die ihm erwachsen sind, weil er auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen ist. Nunmehr werden die Zentrumdemagogen aber nicht mehr länger warten wollen; sie haben in der That viel Geduld gehabt. Sie werden die Belohnung für ihre „patriotischen“ Taten fordern. Bereits wird angekündigt, daß wiederum ein Jesuitenvertrag vom Zentrum eingebracht wird, sei es nun eine Interpellation wegen der Verzögerung der Entscheidung seitens der Regierung, sei es ein abermaliger Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Das Jesuitengesetz selbst ist dem Zentrum ein stets willkommenes Mittel zur Fortführung seines plumphen demagogischen Spiels. Es lassen sich dabei die verlogenen Phrasen von „Wahrheit, Freiheit und Recht“, mit denen diese mittelalterliche Dunkelmannen Partei operiert, so schön und so bequem anbringen. In Wahrheit ist das Jesuitengesetz an sich dem Zentrum gleichgültig, aber es ist werthvoll als Handelsartikel. Schon als es gemacht wurde, meinte der alte Herwegh:

Daß keine Schwarzen man verbannt,
Darob sei nicht bekommen,
Kannst ruhig sein, lieb Vaterland,
Sie werden wiederkommen!

Die meisten gingen wohl gar nicht fort, denn die Mitglieder des Jesuitenordens sind nicht äußerlich gekennzeichnet. Aber das Jesuitengesetz lieferte einen unerschöpflichen Agitationsstoff und war auch insofern dem Zentrum von unschätzbarem Werthe.

Nun hat Graf Bülow die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zugesagt und hat damit in den Engländern eine Art Kulturkampfbewegung hervorgerufen. Die national-liberalen Helden vergaßen einen Augenblick das gewohnte Bauchtrichsen und drangsalirten die Regierungen, namentlich in den kleinen Bundesstaaten, doch nicht den kirchlichen Frieden zu gefährden und sich der Rückkehr der Jesuiten zu widersetzen. Als ob es jemals einen kirchlichen Frieden gegeben hätte, seitdem wie zwei große Konfessionen in Deutschland haben, und als ob die Theologen sich nicht tagtäglich gegenseitig verdammen! Aber die Phrase zog und verschiedene Regierungen ließen sich einschüchtern oder täten so, wenn alle die liberalen Jesuitenlegenden aufgewärmt wurden. Graf Bülow konnte sein Versprechen nicht einlösen, denn er war nicht sicher, im Bundesrat eine Mehrheit für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu erlangen. Er wird aber diese Mehrheit zu erlangen suchen und das Zentrum wird ihn mit seinem Antrage anspornen, von neuem vorzugehen. Die Regierungen werden sich auch auf die Dauer nicht dagegen sperren können, denn sie setzen sich sonst den gelegentlichen Bosheiten des Zentrums aus, das ihnen dann ganz plötzlich bei den militärischen Aufforde-

rungen eine Anzahl Schiffe oder Mannschaften streicht. Das ist nicht gefährlich, aber unangenehm.

Die Anträge auf Aufhebung des Jesuitengesetzes sind also nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Denn weit wichtiger als das Jesuitengesetz sind die Dinge, um die sich der eigentliche Kuhhandel dreht. Das Zentrum will in der Schule herrschen; es will ultramontane Minister haben und will in den höheren Verwaltungsstellen überhaupt seinen Abel untergebracht haben. Dann erst kann die eigentliche Reaktion beginnen, die das Zentrum im Bunde mit dem ostelbischen Junkerthum herbeiführt.

Graf Bülow wird dabei viele neuen Schwierigkeiten finden, denn der fanatische Protestantismus wird ihm die Begünstigung des Zentrums niemals verzeihen. Wir halten es aber auch für wahrscheinlich, daß die liberal-konservative Mehrheit, nachdem dieselbe diesem Staatsmann alles abgefordert, was zu erreichen war, ihn selber über Bord stößt und ein mehr agrarisches Ministerium verlangt. Graf Bülow ist den Junkern und dem Zentrum schon zu modern, obgleich er durch seine litterarischen Viehhabereien ein vollkommen konservativer, das heißt reaktionär gesinnter Staatsmann ist.

Der in sich vollkommen zusammengebrochene Liberalismus — die Nationalliberalen zählen nicht zu den Liberalen — wird bei allen diesen Dingen keine Rolle mehr spielen, wenn er es nicht wie Eugen Richter machen und der junkerlichen Reaktion die Schleppe tragen will. Mit diesem Satienspiel, das die Bosheit eines Moliers nicht besser erfinden können, endet die Rolle des deutschen Liberalismus, der noch vor einem halben Jahrhundert alle Himmel fürmen wollte.

So wird der Reichstag wieder eine Stätte des Kuhhandels werden und wird es bleiben, bis sich einmal die Wähler aufrufen und diese Mehrheit von Junkern und Pfaffen brechen. Den im Kuhhandel ausgemachten Preis muß immer das Volk zahlen, sei es mit Entretung, sei es mit Vermehrung seiner Auflagen, sei es mit Erhöhung der Preise seiner unentbehrlichen Verbrauchsgüter. Die Junker werden selbstverständlich sich im Kuhhandel von den Zentrumspaffen nicht bestärken lassen. Für neue Panzerschiffe fordern sie die Aufkündigung des Zolltarifs und für neue Kavallerie, Artillerie und Infanterie fordern sie die Befestigung der Handelsverträge. Das kann ein schönes Durcheinander werden und wenn Graf Bülow der Situation nicht mehr gewachsen sein wird, dann präsentiren die Konservativen ihren „Harken Mann“, der dem völlig entgleiten Eugen Richter und seinen Mannen ja willkommen sein muß nach dem neuesten Wahlspruch: „Lieber mit Kröcher als mit Barth!“ — Ja, so weit ist es gekommen, daß der schlotterbeinige „Freiherr“ aus Angst vor der Sozialdemokratie bei dem „Harken Mann“ der Reaktionen Rettung sucht!

Die Reaktion wird sich breit ins Zeug legen und die Reste des Liberalismus völlig niederdrücken, denn die liberal-konservative Mehrheit kann Kuhhandel erreichen, was sie momentan erreichen will — mit einer Ausnahme. Diese Mehrheit kann nie ihres Lebens froh werden, so lange ihr die Sozialdemokratie wie eine unerschütterliche Pyralis gegenübersteht. Ohne Ueberwältigung der Sozialdemokratie kann sich die Reaktion niemals völlig freie Bahn brechen; überall wird sie auf diesen unüberwindlichen Gegner treffen, der immer wieder kampfbereit ist und der keine Kraft und keine Erwüdung kennt.

Und dertweil Junker und Pfaff in den Kumpelkammern des Mittelalters nach dem verstaubten und verrosteten Rüstzeug suchen, mit dem sie einst die Völker niederhielten, gährt und tobt es in den Tiefen der Gesellschaft. Der Strahl des Klassenbewußtseins leuchtet auf bei den Enterbten, jeder Tag vergrößert ihre Scharen und jedes Maschinenrad, das sich dreht, arbeitet mit an dem großen Zerlegungsprozeß, der eine neue Produktionsform vorbereitet. Aber auf den Höhen der Gesellschaft wollen Junker und Pfaff die Welt unter sich vertheilen und unter ihnen höhlt sich Abgrund, in den ihr System gerathen wird.

Also nur lustig weiter mit dem Kuhhandel; es wird die Zeit kommen, wo die „Kühe“ nicht mehr hoch im Preise stehen.

Politische Hundstehen.

Deutschland.

Endlich! Die Einberufung des Reichstages wird nunmehr endlich im „Reichsanz.“ bekannt gegeben. Durch eine Verordnung vom 23. November aus dem Neuen Palais wird der Reichstag berufen, am 3. Dezember, also am Donnerstag nächster Woche, zu sammenzutreten. Von dem Verlaufe des kurzen Tagungsabschnittes vor Weihnachten etwirft der „Hann. Cour.“ folgendes Bild: „Einige Stunden nach der Eröffnung im Weißen Saale wird die erste Plenarsitzung stattfinden, die nur dem Zwecke dient, die Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Am Freitag dürfte das Haus die Präsidanten und Schriftführer wählen. Von der Gephylogenheit, alsdann einige Sitzungstage freizulassen, damit die Abgeordneten Zeit

haben, den Etat zu studieren, kann und wird diesmal hoffentlich abgesehen werden. Denn außer dem Etat wird dem Hause beim Zusammentritt der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England vorliegen, und es steht nichts im Wege, diesen sofort am Sonnabend, den 5. Dezember, zur ersten Beratung zu bringen, die entweder noch an demselben Tage oder am Montag beendet werden dürfte. Bei dieser Gelegenheit wird eine größere handelspolitische Debatte erwartet, die den Vorzug hätte, die Generaldebatte über den Etat einigermaßen zu entlasten. Diese könnte dann aber Mittwoch, den 9. Dezember, beginnen und vielleicht schon am Sonnabend, den 12. Dezember, abgeschlossen werden. Es wäre eine ungewöhnliche Kraftleistung, wenn der Reichstag darauf nicht sofort in die Weihnachtsferien gehen, sondern auch noch die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Börjensreform vornehmen wollte, der ja wohl auch gleich nach dem Zusammentritt dem Hause unterbreitet wird. Die zweite und dritte Lesung des Handelsprovisoriums mit England dürfte sich nach gründlicher Erschöpfung des Themas in der ersten Beratung debattelos vollziehen.“ — Wer weiß, ob sich die Verhandlungen so leicht nicht abschließen lassen.

An der Fertigstellung des Reichshaushaltsetats wird jetzt im Bundesrat mit Hochdruck gearbeitet, und er hält außer seiner gewöhnlichen Donnerstag Sitzung auch an anderen Tagen Beratungen ab. In der Sitzung am Montag wurde den Ausschussberichten über den Entwurf des Etats der Marineverwaltung, über Einnahme von Zöllen, Verbrauchssteuern u., dergleichen an Stempelabgaben, ferner über den Entwurf des Etats der Reichsjustizverwaltung, über Entwürfe des Etats für den Reichsarztier und die Reichskanzlei, für das Reichseisenbahnamt, für den Rechnungshof des Deutschen Reiches die Zustimmung erteilt.

Der Reichshaushaltsetat für 1904. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bringt bereits ausführliche Mittheilungen über den neuen Reichshaushaltsetat, woraus Folgendes hervorgehoben ist: Der Etat für die Reichseisenbahnen sieht eine Mehreinnahme von ungefähr 8 1/2 Mill. Mark vor. Die Einnahmen des Reichs aus Zöllen und Verbrauchsabgaben sind auf 811 Millionen Mark veranschlagt, d. h. 1 1/2 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahr. Die Einnahmen aus Stempelabgaben aber sind mit 4 Millionen Mark weniger als im vorigen Jahre angenommen. Der Marine-Stat fordert an fortwährenden Ausgaben 6 1/2 Millionen Mark mehr. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sind anröhend 2 Millionen Mark höher angelegt. Auf Schiffsbarten entfallen 71 Millionen Mark. Für den außerordentlichen Etat der Marineverwaltung werden 3 1/2 Millionen Mark mehr angenommen. Bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind die Einnahmen auf ca. 24 Mill. höher geschätzt. Im außerordentlichen Etat werden als dritte Rate wieder 22 Millionen Mark für Fernsprechnetze verlangt. Auch Lübeck ist im neuen Etat bedacht. Unter den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat werden als erste Rate für den vom Reichstage bereits beschlossenen Postbau 250 000 Mk. gefordert.

Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie dem „Russ. Handels-Z.-L.-Bür.“ aus Petersburg mitgetheilt wird, werden die jetzt in Berlin zwischen den russischen und deutschen Vertretern geführten Verhandlungen betreffs des russisch-deutschen Handelsvertrages voranschreitlich bereits Ende dieser Woche zum vorläufigen Abschluß gelangen. Voraussichtlich lehren die russischen Vertreter, mit Herrn v. Timiriaeff an der Spitze, schon anfangs nächster Woche nach Petersburg zurück. Wie ursprünglich beabsichtigt wurde, sollen dann die Verhandlungen in einiger Zeit in Petersburg fortgesetzt werden. Wie die „Nat.-Ztg.“ dazu erfährt, darf der Stand der bezüglichen Verhandlungen als „gut“ bezeichnet werden.

Einen außerordentlich glänzenden Sieg erfochten unsere Parteigenossen in Charlottenburg am Montag bei den Stadterordnetenwahlen in der dritten Abtheilung. Es waren in acht Bezirken Ersatzwahlen vorzunehmen und gehörten zwei der Mandate bisher der Fraktion „Freie Vereinigung“, zwei der Fraktion „Alt-Charlottenburg“ an. Drei Bezirke waren durch Liberale vertreten und einer durch einen Sozialdemokraten. Bei den diesmaligen Wahlen verschoben sich die Mandate völlig zu Gunsten unserer Parteigenossen, welche mit großen Majoritäten fielen. Sechs Parteigenossen, und zwar Schriftsteller Paul Hirsch, Apotheker Vogel, Dr. med. Zeppler Gastwirth Dorst, Gastwirth Pöschke, sowie Zigarrenhändler Sellin, wurden sofort gewählt, während Genosse Kofenthal sich erst nach einer Stichwahl unterziehen muß. Da er 411 Stimmen erhielt und sein liberaler Gegner nur

Solche Dokumente können auch nur im geeigneten Notizenlande erlassen werden.

Bremen. Zeichen der Zeit. Eine so riesige Auswanderung wie in diesem Jahre haben die Unterwesere...

Table with 3 columns: Year (1900-1903), Hamburg, Bremen

Oldenburg. Nach den neuesten Meldungen gedenkt Dr. Ries sich bei dem Urtheil zu beruhigen...

Beide Nachrichten.

Stolz i. P. Ein Opfer des Sturmes. Im Stolpmünder Hafen schlug der Sturm ein Motorboot...

Verden a. d. N. Ein ziemlich schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Dienstag Abend in der...

Dormund. Arbeitertrübsal. Der Dorm. Zig. zufolge wurden auf der Dormunter Union Dienstag...

Kassel. Bahnhofsbrand. Auf Bahnhof Scherfede ist in der Nacht zum Dienstag der Güterschuppen...

Darmstadt. Jugendliche Verbrecherbande. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich drei jugendliche...

wurde gar in eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren genommen.

Kopenhagen. Infolge des Sturmes kenterte bei der Insel Arrö das Fischerboot aus Marstal.

Stavanger. Strandung eines Dampfers. Montag Abend gegen 11 Uhr strandete an der hiesigen...

London. Eine furchtbare Feuerbrunst wüthet seit Montag Abend in dem Stadtviertel Fattel-

Belgrad. Panik in der Kirche. Während des Gottesdienstes in der Mariustirche gerieten durch eine...

Konstantinopel. Ein ungeheurer Brand hat, einer Meldung der Frankf. Zig. zufolge, den größten...

Lübecker Stadttheater.

„Der Troubadour“, Oper in 4 Akten von Verdi. Noch immer erzielt diese Oper, deren vollständige...

stellen. Es kamen mancherlei Entgleisungen vor, die geradezu einen peinlichen Eindruck hervorriefen.

Briefkasten.

G. G. 1. Wir können Ihnen auch heute nur wieder versichern, daß B. L. niemals ein Handwerk erlernt...

H. L. Trabemünde. 1.) Am Freitag findet hier eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt...

Quittung.

Für die Grimmitzauer Textilarbeiter gingen ein: Lokalverband der Schauerleute 27,- Mfl.

Verzeichniss der Beiträge.

Darmstadt 24. November.

Der Schweinehandel nachher flau. Angeführt wurden 4200 Stk. B. B. Gengschweine...

Dankagung.

Alsbald des Ablebens meines lieben Mannes hab ich von allen Seiten in so großer Zahl...

Ich bitte deshalb alle, die mir bei dem schweren Verluste ihre Theilnahme bezeugt haben...

Dorette Schröder, geb. Steffen und Kinder.

Zum 1. Januar eine freundl. Wohnung zu verm. für einzelne Leute Preis 120 Mfl.

Zum 1. Januar 1904 zu vermieten eine Etage von drei Zimmern.

Z. Zufall abgeth. 2 Zimmer-Wohn. zu vermieten. Näheres.

Ein Winterpaletot zu verkaufen. Preis 135 Mfl.

2 große Paden-Petroleum-Pompen sehr billig zu verkaufen.

2 rote Betten, Bettstühle und Sesseln billig zu verkaufen.

Das Fraktions-Bild der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten ist in brillanter Ausführung erschienen...

Grosses humoristisches Konzert ausgef. von der Sängergesellschaft Lewandowsky-Berlin am Donnerstag den 26. Nov. d. J.

Kopf u. Bein per Pfd. 20 Pfg. Carl Junge, Mohlmstr. 11.

Fremdwörterbuch in 13 Bänden à 20 Pfg. Vertriebsort: Fr. Meyer & Co.

Sarg-Magazin von Georg Behnck 4 Warendorferstr. 4 (St. Lorenz). Feinste Meierei-Butter...

Möbelhäusern am Hofe in mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter Möbel jeder Art.

St. Lorenz-Bierhalle. Donnerstag den 26. Novbr.: Gr. Schlachtfest.

Circus Variété. Heute und folgende Tage: Der 5. Prachtspielplan. Hans Hauser geföhrt.

Panorama Breitestraße 53, 1. Etage. Diese Woche ausgestellt: Reise in Japan.

Stadttheater. 7 1/2 Uhr Donnerstag den 26. Nov. 7 1/2 Uhr. 61. Vorstell. 9. Donnerstags-Abonnem.

BRINKHUIS DIENKON. SEERZ. KATES LAND. ERSCHIEEN SOEBEN. 12.

